

Regionale Botschafterkonferenz in New Delhi, 11./12. Oktober 1991
 (Zusammenfassung)

Wirtschaftsteil

Botschafter Imboden (imb) verdankt einleitend die von verschiedenen Botschaften erstellten Beiträge zu den drei Hauptthemen des Wirtschaftsteils, welche nützliche Hintergrundinformationen vermittelten und eine gute Vorbereitung ermöglichten.

1. Präsenz der Schweiz in Asien

Zur ersten Frage, welche sich im wesentlichen mit der Präsenz der Schweiz in den asiatischen Ländern befasst, erläutert imb, dass man oft der schweizerischen Wirtschaft und Verwaltung vorwirft, sie konzentriere sich zu stark auf Europa und vernachlässige Asien. Wenn man jedoch die (ausgeteilten) Statistiken betrachtet, so kann man feststellen, dass sowohl der Anteil unserer Exporte nach den asiatischen Ländern am Gesamtexport der Schweiz wie auch der Importanteil der Schweiz an den Gesamtimporten dieser Länder seit 1970 zugenommen hat. Kann/soll die Schweiz überhaupt noch mehr tun, um ihre Präsenz in dieser Region zu erhöhen? Anknüpfend an die vorausgegangene politische Diskussion kann man folgern, dass die Schweiz, angesichts ihres politisch bescheidenen Gewichts, vermehrt ihre wirtschaftliche Stärke in den Vordergrund schieben sollte, um angehört zu werden und ihre messages durchzubringen, denn sie ist immerhin die 16. grösste Welthandelsnation und zählt in vielen asiatischen Ländern zu den wichtigsten Handelspartnern und Investoren.

Die sich stark verändernde Situation im asiatischen Raum zwingt die Schweiz, trotz ihrer guten Ausgangsposition, eine entsprechende Strategie gegenüber den Ländern dieser Region zu entwickeln:

- zum einen findet ein Wechsel der Kräfteverhältnisse statt: der Einfluss der Amerikaner nimmt ab, derjenige Japans zu, während Europa in etwa den status quo beibehält. Imb stellt daher die Frage, ob sich hieraus neue Chancen für eine erhöhte Präsenz der Schweiz ergeben, und ob wir in Asien unsere Eigenständigkeit gegenüber der EG herausstreichen oder eher die europäische Karte spielen sollten.
- zum andern ist in den einzelnen asiatischen Ländern nicht nur eine progressive Liberalisierung der Handelsregime, sondern in letzter Zeit auch ein Bemühen um eine regionale Zusammenarbeit festzustellen. Allerdings scheint vorläufig die ASEAN das einzig konkrete Projekt eines Freihandelsraumes anzuvisieren; andere Ideen finden zu wenig Unterstützung oder beschränken sich auf Konsultationsmechanismen. Auch bei der regionalen Kooperation stellt sich die Frage der Rolle Japans und der USA. Für die Schweiz müssen diese Entwicklungen nicht negativ sein, denn es ergeben sich vergrösserte Marktchancen. Gleichzeitig nimmt voraussichtlich die Bedeutung der Investitionen gegenüber dem reinen Gütertausch in diesem Raum zu, um dadurch lokal "dabei zu sein" und von der regionalen "Integration" zu profitieren. Als Beispiel hierfür erwähnt imb Nestlés Strategie, in drei ASEAN-Ländern je einen verschiedenen Produktionszweig aufzubauen.

Die Diskussion dieses ersten Fragenkomplexes ergibt, dass die schweizerische Präsenz in vielen Ländern wie **Indien, Japan, Singapur, Thailand**, etc. als gut eingeschätzt wird, in andern wie **Hong Kong, Korea und Malaysia** wären dagegen nach Meinung der Teilnehmer noch vermehrte Anstrengungen zu unternehmen, namentlich seitens der kleinen und mittleren Betriebe. Es wird auch auf die erhöhte Konkurrenz anderer Anbieter in Asien hingewiesen, in **Thailand** z.B. besonders auf diejenige der Deutschen, und auf die Notwendigkeit, sich laufend dem technischen Niveau des jeweiligen Landes anzupassen. Ferner wird hervorgehoben, dass neben dem reinen Warenexport vermehrt technische Unterstützung, know how Transfer und Investitionen erforderlich werden. Dabei muss man sich bewusst sein, dass Länder wie **Japan** mit seinen etwa 15 Konglomeraten über ein ganz anderes Potential verfügt als etwa ein schweizerischer Multi wie Nestlé, und Japans Investitionen, wie sein wirtschaftlicher Einfluss in dieser Region überhaupt, gewaltig zugenommen haben. In **Thailand** stellt die Investitionsgesetzgebung, welche einen einheimischen Anteil von 51 % vorschreibt, vielleicht noch ein gewisses Hemmnis für die ansonst gut vertretenen Schweizer Unternehmen dar. Gerade in **Hong Kong** wird man sich Asiens rasanter technologischer Evolution - vor allem im Elektronik- und Datenverarbeitungssektor - und der immer neuen Geschäftspraktiken bewusst; die Schweiz sollte daher die Entwicklungen in der asiatisch-pazifischen Region sehr eng verfolgen und auch Lehren daraus für ihre eigene Wirtschaft ziehen. Auch aus der Sicht der Botschaft in **China** geben die Statistiken mit dem vergleichsweise guten Bild der Schweizerischen Exporte doch nicht die Situation des sehr dynamischen Marktes von morgen wieder. Produkte die die Schweiz heute gut absetzen kann, sind in zehn Jahren kaum mehr gefragt. Andere Konkurrenten und Investoren gewinnen an Bedeutung. Mehr Liberalismus allein ergibt noch keinen erhöhten Marktzugang. Kontakte mit den Multis und der Regierung sind daher von Wichtigkeit. Zudem sind in Staatshandelsländern wie China die Mischkredite immer noch ein gutes Instrument. Mischkredite gelten in den **Philippinen** gleichfalls als nützliches Mittel. In diesem Land hat die Schweiz in den letzten Jahren aus verschiedenen Gründen nicht mehr viel investiert. Wird mit den Wahlen nächstes Jahr der Demokratie-Beweis erbracht, und die Investitionsgesetzgebung noch verbessert, dürfte das nötige Vertrauen wieder hergestellt sein. Auch in **Sri Lanka** sollten mit der nun einsetzenden Privatisierung die schweizerischen Direktinvestitionen wieder möglich werden. In **Vietnam** hängt alles von der Aufhebung des amerikanischen Embargos ab (1993 ?), damit die Investitionsströme wieder fließen. In einem Wachstumsmarkt wie **Korea** haben die schweizerischen Produkte durchaus Chancen und können auf das gute Image zählen. Kleine und mittlere Unternehmen erachten asiatische Märkte allerdings als schwierig. Wenn die Exporte schweizerischer Produkte in Zukunft zurückgehen sollten, so muss dies nicht unbedingt einer abnehmenden Konkurrenzfähigkeit zuzuschreiben sein, sondern kann auch aus dem Grund erfolgen, dass die Schweiz mehr im betreffenden Absatzmarkt investiert und dort produziert. Korea hat auch eine Zusammenarbeit mit Schweizerunternehmen zur Bearbeitung der osteuropäischen Märkte vorgeschlagen; frühere Erfahrungen fielen jedoch nicht besonders positiv aus.

Es wird bestätigt, dass in verschiedenen Ländern Asiens **Europa** mit der EG gleichgesetzt wird und die EFTA zu unbedeutend ist. Im Falle **Japans** sollte die Schweiz als eigenständiges europäisches Land auftreten und sich nicht mit der EG identifizieren, um nicht ebenso als "Japan bashing" zu gelten. Auch in **Korea** kann die Schweiz angesichts ihres guten Rufes als gesonderte Wirtschaftsgrösse auftreten. In den andern Ländern ist weniger klar, ob es mehr Vor- oder Nachteile bringt, nicht als EG-Anhängsel zu gelten.

Die meisten Teilnehmer unterstreichen die Bedeutung der persönlichen und regelmässigen Kontakte in den asiatischen Ländern und plädieren für mehr offizielle Besuche durch hohe Regierungs- und Verwaltungsvertreter aus Bern.

2. Zusammenarbeit im GATT oder regional

Imb führt aus, die kleinen und mittleren Länder Asiens, welche ebenso stark auf den internationalen Handel angewiesen sind und dem Druck der Grossen ausgesetzt sind, oder diskriminiert zu werden drohen wie wir, müssten eigentlich unsere natürlichen Alliierten im GATT sein. Wir stellen aber fest, dass sich diese Länder keineswegs um eine solche Koalition bemühen. Kann es sein, dass asiatische Länder ein vages Vertragswerk und weniger strikte Regeln vorziehen, weil ihnen dies mehr Spielraum überlässt? Es fällt beispielsweise auch auf, dass diese Länder sehr wenige Streitfälle ins GATT bringen und sich offenbar lieber bilateral arrangieren. Oder wird die regionale Kooperation vorgezogen?

Die Beurteilung der aufgeworfenen Fragen fällt unterschiedlich aus:

Singapur und **Hong Kong**, die noch stärker vom Aussenhandel abhängen als die Schweiz, scheinen durchaus für eine Zusammenarbeit im GATT bereit. **Indien** hat nur einen sehr unbedeutenden Aussenhandel und findet daher schon intern keine grosse Unterstützung für die Uruguay-Runde. Es sucht ohnehin eher bilaterale Lösungen und Vereinbarungen. **Indonesien**, **Malaysia** und **Thailand** sind stark an den GATT-Verhandlungen interessiert, ohne jedoch ihre Position prominent zu vertreten. Sie haben bedeutende Landwirtschaftsinteressen auf dem Spiel und sind daher Mitglieder der Cairns-gruppe. Diese drei Länder könnten im geeigneten Moment vielleicht auch zu einem Kompromiss beitragen, denn sie nehmen keine extremen Positionen ein.

Auch Japan und Korea setzen nunmehr auf die GATT-Karte. Wenn **Korea** sich vielleicht eher passiv in internationalen Organisationen verhält, geht dies grösstenteils auf den Mentalitätsunterschied zurück. Nach der Uruguay-Runde dürfte Korea übrigens wieder vermehrt bilaterale deals anstreben. **Japan** meidet möglichst bilaterale Auseinandersetzungen, insbesondere diejenigen mit den USA, und zieht andere Optionen vor. **China** fürchtet sich ebenfalls vor Blockbildungen, insbesondere in Asien, und beargwöhnt die Rolle Japans. Früher oder später kann jeder Block eine politische oder gar militärische Ausrichtung erhalten, und damit erwächst die Gefahr eines Rückfalls in die 20er und 30er Jahre.

Einige Teilnehmer heben auch unter diesem Diskussionspunkt hervor, dass die Schweiz zwar in mehreren asiatischen Ländern Partner für eine Liberalisierung finden könne, aber sich selbst dementsprechend anstrengen müsse, um konkurrenzfähig zu bleiben (in Dienstleistungssektoren wie der Hotellerie und der Informatik ist die Schweiz heute schon im Rückstand).

Was die **regionale Zusammenarbeit** anbelangt, wird sofort offensichtlich, dass die südasiatischen Länder wie Indien, Pakistan und Sri Lanka, welche nur der unbedeutenden Formation der SAARC angehören, nicht in die Diskussionen über viel wichtigere Gruppierungen im asiatisch-pazifischen Raum eingeschlossen sind, denn der Handel hat sich schon bisher nicht zwischen diesen beiden asiatischen Abschnitten entwickelt.

Auch im asiatisch-pazifischen Raum ist nicht kurzfristig mit einer eigentlichen Blockbildung zu rechnen. Die meisten Länder Asiens, sind **gegen einen protektionistischen Block**. Der Vorschlag des malaysischen Premierministers Mahathir für die Gründung der EAEG war seinerzeit als Reaktion auf ein Scheitern der GATT-Ministerkonferenz in Brüssel und als Druckmittel gegenüber dem EG- sowie Nordamerikanischen Block gedacht. Die APEC gilt als Konsultationsforum und weitere Vorschläge zur regionalen Zusammenarbeit bilden vorläufig lediglich Diskussionsgegenstände ohne institutionelle Formen anzunehmen. Einzig die ASEAN hat die Bildung einer Freihandelszone (innerhalb 15 Jahren) vorgeschlagen. Allerdings bestehen für einige Mitgliedländer (Malaysia, Philippinen, Thailand) Schwierigkeiten wegen der Entwicklungsunterschiede und der Konkurrenzprobleme, sowie wegen gewissen politischen Differenzen und der zu wenig grossen Komplementarität der einzelnen Wirtschaften. Aus verschiedenen Stellungnahmen wird ersichtlich, dass eine Teilnahme Japans an einer ASEAN-Freihandelszone unrealistisch wäre. Eine gewisse Zusammenarbeit der ASEAN liesse sich eher mit Ländern wie Kampuchea, Vietnam oder Mianmar vorstellen, obwohl die Hindernisse beträchtlich sein dürften, nur schon wegen den unterschiedlichen Wirtschaftssysteme. **Singapur** hat ein sehr pragmatisches Verhältnis zu allen regionalen Gebilden und verfolgt gegenwärtig auch eine engere Zusammenarbeit mit Malaysia und Indonesien im Rahmen des "growth triangles".

Da die ASEAN mit verschiedenen Ländern regelmässige Konsultationen durchführt, wird auch die Möglichkeit erwähnt, solche Kontakte zwischen der EFTA und der ASEAN herzustellen. Vor zwei Jahren hatte bereits einmal ein Treffen zwischen den beiden Ländergruppen stattgefunden, und die ASEAN wäre vermutlich nur schon aus Diversifizierungsgründen immer noch an Konsultationen auch mit der EFTA interessiert. Angesichts der institutionellen Probleme der EFTA (das Sekretariat hat diesbezüglich keine Kompetenz), wird vorgeschlagen, der Kontakt mit der ASEAN könne jeweils durch den Vertreter des Landes gepflegt werden, welches den Vorsitz in der EFTA innehat.

Imb stellt abschliessend die Bemerkung in den Raum, dass die **Aufgabenstellung und Tätigkeit der Botschaften im Wirtschaftsbereich** verschieden ist, je nach dem es sich um ein Staatshandels- oder liberales Land handelt. Im Staatshandelsland ist noch die klassische Rolle der Botschaft zur Unterstützung der schweizerischen Wirtschaftsvertreter gefragt. Im offenen, liberalen Land dagegen, müssen eigentlich nur die Rahmenbedingungen gesichert bleiben, und es liegt sodann an der Privatwirtschaft, aktiv zu werden. Mit der in vielen Ländern heute weitgehend erreichten Liberalisierung des Warenhandels, müssten eigentlich die Dienste der Botschaften mehr auf die Verfolgung und Erleichterung des Kapitalverkehrs, der Investitionen sowie gewisser Dienstleistungen ausgerichtet und von den schweizerischen Unternehmen beansprucht werden. Sollte eine solche neue Schwerpunktsetzung tatsächlich angebracht sein, brauchte es vermutlich aber auch andere Hilfsmittel oder Instrumente. Zu diesen Fragen müssten seitens der Botschaften wie in Bern noch mehr Abklärungen und Diskussionen vorgenommen werden.

3. Finanz-, Währungs- und Bankfragen

Auf das einleitende Exposé von Minister Lautenberg (s. Beilage) folgen insbesondere Reaktionen auf die Frage wieso sich in der asiatischen Region einige Länder viel schneller entwickelten als andere:

Für die enorme Entwicklung **Südkoreas** in den vergangenen 30 Jahren werden vor allem folgende Gründe erwähnt: billige Arbeitskräfte, grosse Verfügbarkeit von Energie und Kapital (Dollars der Amerikaner). Korea setzte auf die Entwicklung einer kapitalistischen Wirtschaft, aber verbunden mit starken staatlichen Interventionen: Wirtschaftsexperten wurden beigezogen, 5-Jahres-Pläne aufgestellt und konsequent durchgezogen. Nach einem fast ununterbrochenen Boom stellt man im laufenden Jahr allerdings eine gewisse Verlangsamung des Wachstums und ein bedeutendes Handelsbilanzdefizit fest.

Für die rasche Entwicklung **Singapurs** werden folgende Faktoren verantwortlich gemacht: die Einführung der freien Marktwirtschaft, der Beizug internationaler Firmen, die Ausrichtung auf den Export statt auf eine Importsubstitution, die Betonung des Humankapitals, die politische Stabilität, und die Zuwanderung von Chinesen (Beziehungsnetz in ganz Südostasien).

Die Entwicklung **Indonesiens** ist sicher der Einsicht der Regierung zu verdanken, Wirtschaftsspezialisten mit Studienerfahrung im Ausland beizuziehen und das Land für ausländische Investitionen und Technologie öffnen zu müssen. Ausländer können sich bis zu 49 % an einem Unternehmen beteiligen; die Währung ist konvertierbar und seit kurzem an den Dollar gebunden, mit einer leichten Abwertungskonstante. Die chinesische Bevölkerung (4%) stellt hier tatsächlich einen Entwicklungsmotor dar (besitzt etwa 80 % der Produktionsmittel!), bietet aber auch eine gewisse Gefahr zu sozialen Spannungen.

Auch in **Thailand** hat sich der Präsident seit Jahren mit Technokraten umgeben, welche eine Politik entwickelten, die für die Wirtschaft sehr förderlich war. Die Qualität und Handfertigkeit der Arbeitskräfte war ebenso ein wichtiger Faktor. Daneben brachte der Tourismus einen gewaltigen Beitrag. Der Einfluss der Chinesen als Wirtschaftsmotor ist in Thailand ebenfalls stark spürbar.

Aus der Sicht des Teilnehmers mit Sitz in Peking haben die Entwicklungsunterschiede etwas mit der Mentalität und dem kulturellen Hintergrund zu tun: es gibt Länder, wo eine Konkurrenz unter verschiedenen Gruppen besteht, und andere, wo eine Einheitspartei das Sagen hat (China, Vietnam, Nordkorea). Die Motivation zur Leistung folgt aus dem Gruppendruck, wie in Japan, Südkorea oder Taiwan, wo dem Individuum andererseits eine emotionale Sicherheit geboten wird. Solche Gesellschaften scheinen besonders leistungsfähig.

Indien wollte sich nicht nach westlichem Muster entwickeln. Es begnügte sich mit der Rolle als grosses Entwicklungsland. Die brahmanische Tradition wird aufrechterhalten, wenig in die Erziehung/Schulung investiert.

In **Pakistan** kann die geringe Entwicklung dem Feudalsystem, dem hohen Analphabetismus (90%) und der Kinderhäufigkeit zugeschrieben werden. 30 % des Budgets werden für Militärausgaben verwendet, weitere 30 % für die Verwaltung.

Was die **Rolle Japans** im asiatischen Raum und die **Haltung** der anderen Länder ihm gegenüber anbelangt, so wird festgestellt, dass Japan zwar ein wichtiger Investor in der Region darstellt, sich aber aus historisch-politischen Gründen stark zurückhält, den Leader zu spielen. Die Japaner werden von ihren asiatischen Nachbarn nicht geliebt, aber respektiert. Für verschiedene Länder ist es neben den USA der wichtigste Handelspartner. Seine Entwicklungshilfegelder im asiatischen Raum sind bedeutend. Der **Yen** spielt aber keine grössere Rolle in dieser Region. Der Dollar bleibt nach wie vor Hauptwährung für internationale Transaktionen.

Minister Lautenberg kommt abschliessend zur Frage des **Zugangs zu den Finanzmärkten**. In der Tat bestehen noch grosse Hindernisse in den meisten asiatischen Ländern. Die Schweiz hat bisher bilateral auf Reziprozitätsbasis verhandelt und hofft nun, dass im Rahmen der GATT-Uruguay-Runde ein globaler Fortschritt erzielt werden kann.

Malaysia z.B. akzeptiert keine ausländischen Banken mehr. Also haben auch Schweizer Banken keine Chancen mehr. In **Südkorea** ist der Zugang relativ stark eingeschränkt. die Beziehung Staat-Wirtschaft war hier immer sehr eng. Ein Teil der Wirtschaft wurde über die grossen Banken als staatliche Lenkungsinstrumente gesteuert, was sich heute noch auswirkt. Ausländische Unternehmen können gewisse Geschäfte nicht mehr tätigen. Die Zinssätze sind kontrolliert. Ein Umdenkprozess ist aber gegenwärtig im Gange, wonach zu einer guten Wirtschaft auch ein freier Finanzmarkt gehört. Korea nimmt in Kauf, dass das GATT in diesem Bereich inskünftig eine regulierende Position einnehmen wird. Es dürfte sich mittelfristig rasch liberalisieren.

Es wird darauf hingewiesen (China), dass man betreffend den Zugang zum schweizerischen Kapitalmarkt ebenfalls flexibel bleiben soll.